

**Summary:** The loss of confidence in government that underlies the rise of populism in Europe is largely the result of the region's economic difficulties. Faith in existing political institutions has collapsed most where economies have struggled most. New data show: people who have suffered more from difficult economic times are more likely to have lost confidence in national governments and the European Union.

**Kurz gefasst:** Dem Vormarsch des Populismus in Europa liegt ein Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber nationalen Regierungen zugrunde. Der Glaube an das Funktionieren bestehender politischer Institutionen kollabiert in jenen Ländern, in denen es den Volkswirtschaften am schlechtesten geht. Neuere Daten zeigen: Menschen, die eher von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen sind, neigen auch eher dazu, ihr Vertrauen in nationale Regierungen und die Europäische Union als Ganzes zu verlieren.

# Europas Vertrauenskrise Die ökonomische Lage nährt den populistischen Feldzug gegen die liberale Ordnung

Chase Foster

Als prägnanteste Entwicklung der politischen Landschaft Europas kann im vergangenen Jahrzehnt die Erstarkung populistischer Parteien angesehen werden: Sie stellt wesentliche Elemente des politischen Liberalismus und des Projekts der europäischen Integration infrage – genau jene Punkte, die für europäische Politiker seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs richtungsweisend sind. Der Anteil der Wählerstimmen für Parteien des rechten und linken Spektrums, die sich eine populistische Rhetorik zu eigen machen und die Politik als einen Kampf zwischen „anständigen Bürgern“ und einem „korrupten politischen System“ be-greifen, ist seit den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen. Durch die globale Finanzkrise wurde dieser Trend deutlich verstärkt. Bei den Wahlen der jüngeren Zeit haben rechtspopulistische Parteien, die Europaskepsis mit kulturellem Nationalismus und Feindseligkeit gegenüber Einwanderern verknüpfen, in Österreich, Dänemark, Frankreich, Polen und Ungarn ein Fünftel bis die Hälfte aller Wählerstimmen erhalten. Im Vereinigten Königreich haben die Aktivitäten der rechtspopulistischen Partei UK Independence Party (UKIP) dazu geführt, dass eine knappe Mehrheit der Briten für den Ausstieg aus der Europäischen Union stimmte. Gleichzeitig gewannen linkspopulistische Parteien an Zulauf, deren Hauptargument ist, dass die wirtschaftliche Liberalisierung zu einer gewachsenen Ungleichheit und einem schlechteren Schutz von Beschäftigten geführt hat. In Frankreich und Spanien gab ein Viertel aller Wähler solchen Parteien in den vergangenen Jahren ihre Stimme.

Wie kann diese für Europa einschneidende Entwicklung erklärt werden? Es gibt hier eine Reihe von Ansätzen aus der Wissenschaft. Die am weitesten verbreitete Ansicht ist die, dass der Populismus eine Gegenreaktion älterer, überwiegend weißer und männlicher Wähler mit geringem Bildungsniveau auf kulturelle Veränderungen ist. So lehnen sie Einwanderung oder die Gleichberechtigung von Homosexuellen, Bisexuellen und Transsexuellen ab. Andere sehen die Ursache der steigenden Attraktivität populistischer Programme in der Erosion staatlicher Souveränität. Mehr und mehr nationale Entscheidungskompetenzen werden auf überstaatliche Organisationen, wie etwa die Europäische Union, übertragen, sodass Einzelstaaten Einfluss auf nationale Politik verlieren. Ein drittes Erklärungsmodell schließlich argumentiert, dass die sinkenden und ungleichmäßig verteilten Gewinne des internationalen Handels die „Verlierer“ der Globalisierung populistischen Parteien in die Arme treibt. Dies wird begünstigt durch eine wachsende wirtschaftliche



Chase Foster ist Doktorand im Department of Government an der Harvard University in Cambridge, MA. Im Rahmen des WZB-Harvard Merit Fellowships war er 2017 drei Monate Gast der Abteilungen Ungleichheit und Sozialpolitik und Demokratie und Demokratisierung. (Foto: privat)

[chasefoster@fas.harvard.edu](mailto:chasefoster@fas.harvard.edu)

Unsicherheit infolge der globalen Finanzkrise, die Rufe nach politischen Alternativen lauter werden lässt.

Jede dieser Theorien ist geeignet, sowohl „kulturelle“ als auch „wirtschaftliche“ Faktoren bei der Untersuchung politischer Entwicklungen aufzuzeigen und uns eine Reihe von Erklärungen zum Aufstieg populistischer Parteien zu liefern. Es bleibt jedoch ein Problem: Sie lassen oft keine Ländervergleiche zu, die wichtige allgemeine Faktoren identifizieren könnten. Wählerstudien, die mehrere Länder umfassen, werfen populistische Parteien notgedrungen in einen Topf, sodass die sehr unterschiedlichen Ursprünge und Ziele populistischer Programme weitgehend verdeckt bleiben. Zudem kann ein solches Studiendesign weitere wichtige Unterschiede zwischen den Ländern nur teilweise erfassen, etwa ob und wie weit das Parteiensystem zersplittert ist oder inwieweit etablierte Parteien populistische Argumente in ihre eigenen Programme integriert haben – beides Faktoren, die das Wählerverhalten deutlich beeinflussen können. Die Untersuchung öffentlicher Meinungen, die mit der Wahl von populistischen Parteien in Verbindung gebracht werden, insbesondere die Stärke des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürgern in die Regierung, kann helfen, diese Schwierigkeiten zu umgehen. Praktisch alle empirischen Studien zum Thema kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es einen Zusammenhang zwischen der steigenden Wählerzahl populistischer Parteien und dem abnehmenden Vertrauen in die jeweilige Regierung gibt. Mangelndes Vertrauen in die Regierung führt zwar nicht notwendigerweise zur Unterstützung populistischer Parteien, doch bei den meisten Wählern populistischer Parteien ist die Stärke des Vertrauens in die Zivilgesellschaft (*civic trust*) niedrig. Politische Gemeinwesen (*polities*), die unter einem solchen Vertrauensverlust leiden, bieten häufig ein vielversprechendes Umfeld für populistische Aktivisten, die ihre Unterstützerbasis ausbauen wollen. Deshalb ist ein besseres Verständnis darüber wichtig, welche Faktoren in den verschiedenen Ländern für das Vertrauen der Bürger in die Regierung entscheidend sind – auf diese Weise können wir Erkenntnisse über jene sozialen Kräfte gewinnen, die zu den jüngsten Erfolgen populistischer Parteien beigetragen haben.

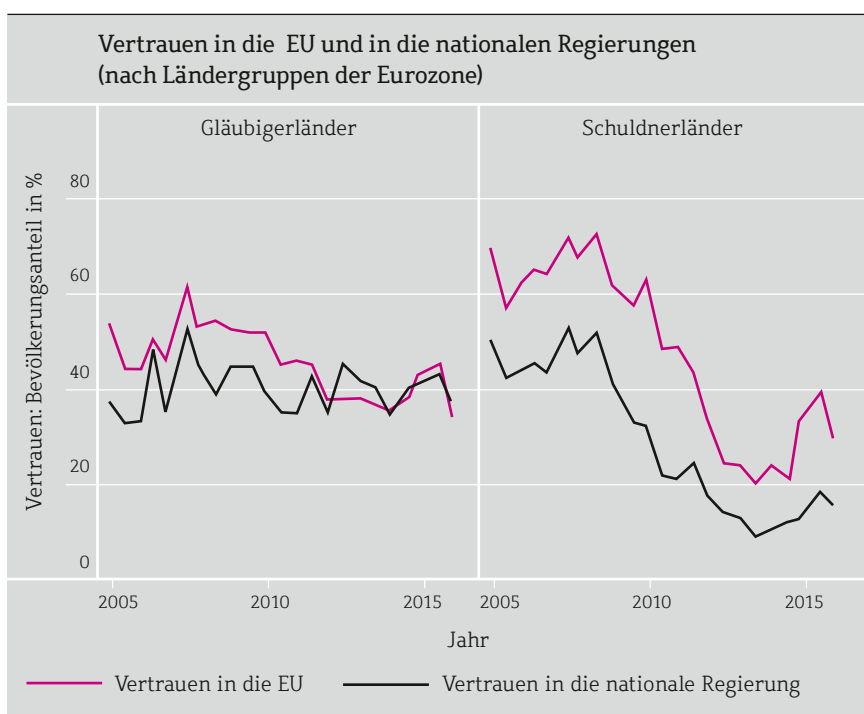
In einer Studie, die demnächst in der Fachzeitschrift *European Union Politics* erscheinen wird, analysieren Jeff Frieden und ich mithilfe von Daten für 27 europäische Länder im Zeitraum von 2004 bis 2015, welche Faktoren Vertrauen in Regierungen begünstigen oder erschweren. Wir zeigen, dass es seit dem Beginn der Staatsschuldenkrise zu einem allgemeinen Vertrauensrückgang gekommen ist. Dieser Rückgang ist aber in den südlichen Ländern der Eurozone, die die Hauptlast der Krise getragen haben, stärker ausgeprägt. In der Abbildung ist zu sehen, wie der Anteil der Menschen in diesen Ländern, die ihrer nationalen Regierung „ganz oder überwiegend“ vertrauen, von 40 bis 50 Prozent vor der Krise auf unter 20 Prozent im Jahr 2015 gesunken ist.

Mit weitergehenden Analysen der fast 600.000 Antworten aus den Meinungsumfragen des *Eurobarometer* können wir außerdem die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Faktoren bestimmen, die zum Verlust von Vertrauen in den vergangenen Jahren geführt haben. So zeigen wir, dass verschiedene Ausprägungen von Vertrauen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Größen stehen, etwa mit der volkswirtschaftlichen Leistung eines Landes oder dem individuellen Beschäftigungsstatus der Befragten: Die Geberländer im Norden der Eurozone schnitten im vergangenen Jahrzehnt relativ gesehen besser ab und wiesen im Lauf der Zeit ein konsistenteres Vertrauensniveau auf, während das Vertrauen der Bürger in den Schuldnerländern, die unter zweistelligen Arbeitslosenquoten und von außen aufgezwungenen Restrukturierungsmaßnahmen leiden, stark gesunken ist.

Am deutlichsten ist der Vertrauensverlust in ganz Europa zudem bei Arbeitslosen, die die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise persönlich am stärksten erfahren haben; bei den Berufstätigen, die die Rezession ohne Jobverlust durchlebt haben, ist er dagegen weniger akut. Wir schätzen, dass jeder Anstieg der Gesamtarbeitslosigkeit um 1 Prozentpunkt die Wahrscheinlichkeit eines Umfrageteilnehmers, Vertrauen in öffentliche Institutionen zu signalisieren, um 2 Prozent senkt. Ist eine Person während der Krisenjahre selbst arbeitslos gewor-

den, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person Vertrauen in die Regierung hat, um weitere 3 Prozent.

Kulturelle und politische Faktoren beeinflussen zwar weiterhin in erheblichen Ausmaß die Unzufriedenheit der Bürger; wir stellen aber fest, dass weder die Identifikation der Bürger mit ihrem Staat noch das Niveau der nationalen Kontrolle über die Politik den akuten Rückgang des Vertrauens in gesellschaftliche Strukturen erklären können. Es ist aber genau dieser Rückgang, der der wachsenden Anziehungskraft des Populismus vorhergegangen ist. Darüber hinaus zeigen unsere Analysen, dass es im vergangenen Jahrzehnt keinen signifikanten Wandel der in der Bevölkerung vorhandenen politischen und kulturellen Identitäten gegeben hat – auch nicht, als das Niveau des Vertrauens in einigen Ländern stark gesunken war und die Europäer in Rekordzahl populistische Parteien wählten. Und während die nationale Kontrolle über zentrale politische Themen zweifellos in den Ländern, die gezwungen wurden, Restrukturierungsmaßnahmen umzusetzen, geringer geworden ist, lassen unsere Ergebnisse darauf schließen, dass der Vertrauensrückgang in diesen Ländern auf die in der Folge geringere Wirtschaftsleistung zurückzuführen ist und nicht auf die Beschneidung nationaler politischer Souveränität.



Quelle: Frieden und Foster (2017).

Welche Aussagen über die Zukunft liberaler Demokratien und der europäischen Integration lassen sich nun auf Basis unserer Studie treffen?

Einerseits weisen unsere Ergebnisse darauf hin, dass zumindest ein Teil des jüngsten Vertrauensrückgangs – und infolgedessen die Stärkung populistischer Parteien – selbstverschuldet ist. Das Versäumnis der reichen Länder der Eurozone, die Last der wirtschaftlichen Anpassung zu teilen, und die Auferlegung strenger Sparprogramme haben die Wirtschaften der Länder im Süden der Eurozone ruiniert. Das hat zu einem Zusammenbruch des Vertrauens der Bürger in ihre Regierungen geführt; gleichzeitig ist die Gruppe unzufriedener Wähler, die von populistischen Parteien leicht zu erreichen ist, gewachsen.

Andererseits zeigt unsere Analyse liberalen Demokraten und den Befürwortern des europäischen Integrationsprojekts einen Ausweg aus dieser Krise auf. Die Europäer haben sich weder die Ideologie der extremen Rechten noch die der extremen Linken ganz zu eigen gemacht oder sind in ihrer politischen Identität nationalistischer geworden, auch wenn die wirtschaftlichen Umstände ihre Be-

reitschaft stark erhöht haben, populistische Parteien zu unterstützen, um gegen den Status quo zu protestieren.

Dies legt folgende Schlussfolgerung nahe: Wenn europäische Entscheidungsträger eine Politik verfolgen, die bessere wirtschaftliche Ergebnisse für ihre Bürger erzielt – vielleicht, indem sie die wirtschaftlichen Risiken über die Ländergrenzen hinweg schultern, für umfassenderen sozialen Schutz und Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte sorgen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, oder die freie Marktwirtschaft mit stärkeren Systemen der sozialen Sicherheit kombinieren –, dann würde dies zu einer steigenden Unterstützung der Bevölkerung für die liberale Demokratie und die Europäische Union sowie zu einer sinkenden Anziehungskraft populistischer Bewegungen führen.

#### **Literatur**

Foster, Chase/Frieden, Jeffrey: „Crisis of Trust: Socio-economic Determinants of Europeans' Confidence in Government“. In: *European Union Politics*, vorab online publiziert am 10.08.2017. Online: <http://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1465116517723499> (Stand 22.08.2017).

Gidron, Noam/Hall, Peter A.: „The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right“. In: *British Journal of Sociology*, im Erscheinen.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary: „Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage“. In: *Journal of European Public Policy*, 2017, Jg. 15, H. 5, S. 1–23.

Inglehart, Ronald F./Norris Pippa: *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-nots and Cultural Backlash*. Working Paper No. RWP16-026. Harvard Kennedy School 2016. Online: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2818659](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2818659) (Stand 23.08.2017).

Polyakova, Alina/Fligstein, Neil: „Is European Integration Causing Europe to Become More Nationalist? Evidence from the 2007–9 Financial Crisis“. In: *Journal of European Public Policy*, 2016, Jg. 23, H. 1, S. 60–83.

Rodrik, Dani: *Populism and the Economics of Globalization*. Working Paper. 2017. Online: [https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/populism\\_and\\_the\\_economics\\_of\\_globalization.pdf](https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/populism_and_the_economics_of_globalization.pdf) (Stand 23.08.2017).